

Finanzen: Ab 2014 dürfte nur noch eine Region in Deutschland Hilfe aus dem Strukturfonds bekommen

EU-Gelder fließen spärlicher

Von unserem Korrespondenten Detlef Drewes

Brüssel. Es geht um Gelder für Straßen, Freizeitbäder und Gleisanschlüsse. 348 Milliarden Euro (35 Prozent des EU-Haushaltes) bekommen Regionen und Kommunen zwischen 2007 und 2013 aus Brüssel überwiesen, um ihre Standortattraktivität zu erhöhen. Die Frage ist, wie lange noch.

Schon im Vorfeld der ersten offiziellen Gespräche über die nächste Finanzperiode von 2014 bis 2020 drängen sich viele um den prall gefüllten Geldtopf. Ein Großteil der Mitgliedstaaten will die Mittel künftig zu größeren Teilen selber vergeben, um die eigenen Regionen zu stützen. Vonseiten der Kommission wird auf mehr Zentralisierung der insgesamt drei Fonds (für regionale Entwicklung, Kohäsion und soziale Belange) gedrängt. Brüssel würde dadurch beispielsweise in der Verkehrs- oder Klimapolitik an Kompetenzen gewinnen. "Das wollen wir verhindern", sagt Markus Pieper (CDU), Experte für regionale Strukturfragen der christlich-konservativen EVP-Fraktion im Europa-Parlament. Aber auch er ahnt: "Deutschland wird weniger Geld bekommen."

Bisher zählt die EU fünf hiesige Regionen vor allem im Osten zu den Gebieten, die die Höchstförderung beanspruchen können: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ab 2014 dürfte es nur noch eine sein. Durch den Beitritt zahlreicher weniger entwickelter Länder im Osten der EU wandert viel Geld dorthin ab. Rund 20 Prozent der europäischen Gebiete, die derzeit hohe Förderungen erhalten, werden künftig sicher deutlich weniger oder gar nichts mehr bekommen.

Noch ist unklar, wohin Europa beim Umgang mit seinen armen Regionen steuert. Sollen demnächst nur noch die wirklich Schwachen gefördert werden oder alle? Was geschieht mit Mitgliedstaaten, die permanent gegen die Stabilitätskriterien verstoßen? Wie sollen die großen politischen Ziele der Union - Ausgleich für strukturelle Nachteile (Kohäsion), Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (2020-Strategie) und Klimaschutz - gewichtet werden? Antworten gibt es noch keine, Probleme aber viele.

Noch ist offen, woher die Gemeinschaft in der nächsten Finanzperiode ihre Einnahmen beziehen wird. Fest steht bislang nur, dass die Mitgliedstaaten vom bisherigen Beitragssystem wegkommen wollen. Eine eigene EU-Steuer hat keine Chancen auf Verwirklichung. Eine schlechte Nachricht für die Empfänger von EU-Subventionen dürfte bereits feststehen: Brüssel wird künftig nicht mehr bis zu 85 Prozent einer Maßnahme fördern, sondern nur noch maximal 65 Prozent. Wer also Geld von der EU will, muss mehr Geld mitbringen.

Mannheimer Morgen
26. August 2010

Adresse der Seite:

http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20100826_mmm0000000458465.html